

## LESERBRIEFE

## Nein zum doppelten Bypass in Beromünster

In Beromünster ist rund 1,5 km (!) neuer Strassenraum, quasi ein doppelter Bypass, für ein Siedlungsgebiet von rund 2000 Einwohnerinnen und Einwohnern geplant. Der Flecken Beromünster wird in drei Teile «zerschnitten». Bis anhin ruhige Wohngebiete werden neu durch Strassenlärm belastet und sie werden durch diese breiten Strassen voneinander getrennt. Schulkinder müssen teilweise zwei neue Strassen queren und mit dem Fahrrad

schwierige Strassenkreuzungen meistern. Mehr Sicherheit für Schulkinder sieht definitiv anders aus.

Die Planung für dieses Projekt startete vor fast 20 Jahren, deshalb genügt das Projekt heutigen Anforderungen nicht mehr. Nachhaltigere Lösungen liegen vor. Ein solch grosser Einschnitt in die Landschaft und damit auch in die Dorfgemeinschaft ist nicht mehr zeitgemäss. Er bringt zudem den Nachbargemeinden bis nach Sursee und Sempach

nochmals mehr (Schwer-)Verkehr. Wenn wir nur einen Teil der 70 Millionen in den Ausbau des öV-Angebotes, in die Förderung des Langsamverkehrs und verkehrsberuhigende Massnahmen mit 30er-Zonen in den Zentren investieren, sorgen wir für mehr Sicherheit für alle. Deshalb ein klares Nein zur Umfahrung Beromünster.

Yvonne Zemp Baumgartner,  
SP Sursee



Am 18. Juni ist Abstimmungssonntag. Foto Keystone

## Ist die Umfahrung wirklich alternativlos?

Als eines der Hauptargumente für die geplante neue Umfahrungsstrasse von Beromünster, über die am kommenden 18. Juni 2023 im Kanton Luzern abgestimmt wird, wird immer wieder auf die Alternativlosigkeit des bestehenden Projekts verwiesen. Zwar wurden in der Vergangenheit unzählige enge und weitere Umfahrungsvarianten entwickelt und geprüft, dabei wurden aber die am nächsten liegenden Möglichkeiten zur Problemlösung kaum diskutiert. Eine Temporeduktion im Flecken und auf den Zufahrtsstrassen

könnte ohne bauliche Massnahmen bereits eine wesentliche Beruhigung und Entlastung bringen. Eine Sperrung der Ochsenkreuzung, welche insbesondere für den Schwerverkehr ein Nadelöhr bedeutet, wäre heute schon möglich wie dies die Marktstage und weitere besondere Anlässe beweisen, bei denen die Durchfahrt durch den Flecken gesperrt ist. Natürlich bräuchte es für eine nachhaltige Lösung auch weitere flankierende bauliche Massnahmen. Diese würden aber mit Bestimmtheit keine hohen zweistelligen Millionen-

beträge erfordern. Zudem könnte man diese Massnahmen auch kurzzeitig und schrittweise treffen bzw. man hätte diese schon lange treffen können. Kurz, das vorgelegte Projekt ist in dieser Form unnötig und viel zu teuer und widerspricht dem aktuell im Kantonsrat diskutierten Verkehrs- und Mobilitätskonzept «Zukunft Mobilität Luzern» (Zumolu), das primär auf eine bessere Nutzung der bestehenden Infrastruktur setzt.

Robert Galliker-Tönz, Beromünster

## Unsere Kinder sind uns dankbar

Mehr Sicherheit und Lebensqualität. Das sind Worte, die mich nicht nur wegen der aktuellen Kampagne an die Umfahrung Beromünster erinnern. Nein, sie waren bereits ein Bedürfnis, als ich als Fleckenbewohnerin vor rund 30 Jahren die Schule besucht habe. Mehr als drei Jahrzehnte sind seit meinem ersten Schultag vergangen. Der Verkehr hat zwischenzeitlich massiv zugenommen, durchquert den historischen Flecken und trennt die Schulen. Heute werden unsere Kinder in Beromünster täglich mit einem herausfordernden Schulweg konfrontiert. Die engen Platzverhältnisse und vor allem die unübersichtlichen Fussgängerstreifen führen immer wieder zu gefährlichen Situationen. Auch der Schulwegbe-

richt des TCS besagt, dass im Flecken Beromünster kein Fussgängerstreifen die Sicherheitsanforderungen erfüllt und nur die Umfahrung einen sicheren Schulweg für unsere Kinder ermöglicht. Denken wir also beim Ausfüllen des Abstimmungszettels auch an die Hunderte von Schülerinnen und Schülern, die von der Basisstufe bis zum Maturaabschluss ihre schulische Ausbildung bei uns in Beromünster absolvieren. Mit einem Ja zur Umfahrung von Beromünster übernehmen wir eine nachhaltige Verantwortung gegenüber der Generation von morgen.

Manuela Jost-Schmidiger,  
Gemeinderätin Ressort Bildung,  
Beromünster

Ist CO<sub>2</sub> schuld am Klimawandel?

Ja die Klimaerwärmung findet statt, aber kann man da wirklich den CO<sub>2</sub>-Ausstoss dafür verantwortlich machen? Im Jahr 1987 wurde Fluorchlorkohlenwasserstoffe (FCKW) aus Kühlschränken und Spraydosen verboten, weil ein Ozonloch festgestellt wurde und das FCKW sehr schädlich ist für die Ozonschicht. Die Ozonschicht ist ein hauchdünner Schleier aus atmosphärischem Sauerstoff, O<sub>3</sub>, der die Erde zwischen Stratosphäre und Ionosphäre in etwa 25 km Höhe umhüllt und vor lebensfeindlichen UV-Strahlungen schützt. Ohne diesen Schleier gäbe es kein Leben auf der Erde. Leider hat sich die Ozonschicht trotz Verbot vom FCKW nicht erholt. Im Gegenteil das Ozonsterben ist real, messbar und wirklich existenzbedrohend. Mit CO<sub>2</sub>-Reduktion wird da nichts zu erreichen sein. Es ist bekannt und wissenschaftlich bewiesen, dass auch die Radioaktivität am Ozonster-

ben beteiligt ist und noch viele andere zerstörerische Einflüsse hat, wie etwa die Tätigkeit der Ionosphärenheizer, die mit Milliarden Watt durch die Ozonschicht in die Ionosphäre stossen; die Überschallflüge des Militärs; die Raketentreibstoffe für die Beförderung von Weltraumstationen und Satelliten; die Anwendung des gesamten Spektrums kosmischer Strahlung hier auf Erden, z. B. der Medizin, der Industrie und für militärische Zwecke sowie im Alltag von uns allen: in Form von Elektronik wie etwa drahtloser Kommunikation. Ein weiterer Schub für die Ozonvernichung ist der explosionsartige Ausbau zu 5G und globaler Digitalisierung.

Da kommt noch das «Geoengineering» wo Flugzeuge weltweite giftige Substanzen und Schwermetalle in Nanopartikelgrösse versprühen. Es soll gegen den angeblich durch CO<sub>2</sub> verursachten «Klimawandel» helfen. Lei-

der bewirkt es etwas ganz anders, nicht zuletzt die Vergiftung der Böden, des Wassers der Luft und unsere Organe sowie die Beschädigung der Ozonschicht.

Der Kampf gegen das CO<sub>2</sub> hilft da also nicht. Die Mutter Erde hängt aber am seidenen Faden des Ozonschleiers. Ohne Ozonhülle können kosmische Strahlungen bis zur Erdoberfläche durchdringen, welche Pflanzen und andere Organismen zerstören.

Leo Ambühl, Hergiswil b. W.

Die Rubrik «Leserbriefe» dient der freien Meinungsäusserung. Die veröffentlichten Leserbriefe müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Ein Anspruch auf Veröffentlichung besteht nicht.

## Finanzen sind vorhanden

Das Projekt sei übersteuert und man solle das Geld besser in zukunftsträchtige Bereiche wie die Bildung investieren. So die Gegner der Umfahrung Beromünster. Fakt ist, dass die vorgesehenen Finanzen für dieses Projekt bei einem Ja durch den Souverän bereits gesichert sind, da Strassenbauprojekte im Kanton Luzern über einen separaten Topf finanziert werden. Es sind also keine anderen Projekte im Kanton Luzern durch die «Umfahrung Beromünster» finanziell gefährdet. Des Weiteren ist der Leidensdruck in der Region sehr gross. Das bestätigen mir Kolleginnen

und Kollegen aus der Nachbargemeinde immer wieder. Für mich ist klar: Nach über einem halben Jahrhundert Planung ist es jetzt definitiv an der Zeit, in dieser Sache Nägel mit Köpfen zu machen. Das können wir mit einem kantonsweiten Ja am 18. Juni. Die «Umfahrung Beromünster» ist eine nachhaltige und langfristige Lösung, bringt mehr Sicherheit für Hunderte von Schulkindern und mehr Lebensqualität für die gesamte Region.

Thomas Meier, Unternehmer und  
FDP-Kantonsrat, Schenkon

## BRIEF

## aus dem Nationalrat



Prisca  
Birrer-Heimo  
SP, Rothenburg

Während der reich befrachteten Sommersession sind im Bundeshaus neben den ordentlichen Geschäften die eidgenössischen Wahlen vom Herbst und die Abstimmungsvorlagen vom 18. Juni

## Vor den Wahlen ...

Thema. Vor Sessionsstart gab ich Radio SRF ein etwa 30 Minuten dauerndes Interview zur OECD-Mindestbesteuerung und legte die Argumente für ein Nein dar. Für die Mittagssendung «Rendez-vous» wurden ein paar wenige Sätze herausgeschnitten. Wenn ich nach Medienauftritten gefragt werde, wieso ich dieses und jenes Argument nicht vorgebracht hätte, verweise ich jeweils auf die Eigenheiten der Medienarbeit. Elektronische Medien arbeiten anders als Printmedien. Erstere müssen oft

unter grossem Zeitdruck Beiträge mit verschiedenen Statements in wenigen Minuten oder gar Sekunden unterbringen. Da gibts als Interview-Partnerin kein «Gegenlesen» wie bei Printmedien. Medienarbeit ist oft aufwendig und manchmal unbefriedigend, jedoch ein wichtiger Teil der Parlamentsarbeit, um der Öffentlichkeit unsere Positionen und unser Wirken transparent aufzuzeigen.

Transparenz braucht es auch bei den Geschehnissen im Zusammenhang mit der Übernahme der Credit Suisse (CS) durch die UBS. 15 Jahre nach der Finanzkrise muss der Staat erneut eine Grossbank retten. Wie konnte es dazu kommen? In dieser Sessionswoche entscheiden die Eidgenössischen Räte, ob eine Parlamentarische Untersuchungskommission (PUK) eingesetzt werden soll. Für eine lückenlose Aufklärung der Vorgänge in den letzten Jahren, aufgrund der Tragweite der Entscheide und der grossen finanziellen Risiken braucht es das schärfste Instrument der parlamentarischen Oberaufsicht. Die Chancen für eine PUK stehen gut. In Wandelhallengesprächen und fraktionsinternen Sitzungen brachten sich bereits Parlamentsmitglieder für einen

Einsatz in der PUK oder für das Präsidium in Position. Nebst der anspruchsvollen und interessanten Arbeit scheint auch die mediale Ausstrahlung einige zu motivieren, schliesslich stehen bald Wahlen an...

Vom Wahlherbst ist im und vor dem Bundeshaus bereits viel zu spüren: Foto-Shootings, Videoaufnahmen und Vorwahlaktionen sind omnipräsent. Das veranlasste die Parlamentsdienste, die Ratsmitglieder auf ein paar Regeln aufmerksam zu machen. Aufnahmen in den Ratssälen sind während der Sitzungen nicht erlaubt, ebenso dürfen keine festen Installationen wie Kulissen und Banner installiert werden, und im Café «Zeitungszimmer» – ein beliebter und intensiv frequentierter Treffpunkt zwischen den beiden Ratssälen – sind Aufnahmen auch untersagt. Nun, wir werden sehen, wie sich das noch entwickelt...

In eine äusserst problematische Richtung geht die Entwicklung der Mietzinsen, nachdem der Bund bekannt gab, dass der Referenzzinssatz steigt. Damit können Vermieter und Immobilienunternehmen die Mietpreise anheben. Die Mietzinsen werden für viele Menschen

ein immer grosserer Posten im Haushaltsbudget. In der Fragestunde im Nationalrat musste der Bundesrat dazu Stellung nehmen. Die SP will missbräuchliche Mietzinse mit konkreten Massnahmen bekämpfen und ist bereits aktiv geworden. Der Handlungsbedarf ist wahrlich dringlich.

Viele Menschen haben nicht nur ein Kaufkraftproblem wegen den kontinuierlich steigenden Mietzinsen, sondern stehen auch wegen den immensen Krankenkassenprämien finanziell immer mehr unter Druck. Deshalb ist die SP-Prämienentlastungsinitiative beziehungsweise ein griffiger Gegenvorschlag längst fällig. Nach dem Nationalrat machte nun auch der Ständerat letzte Woche einen ersten, zaghaften Schritt, allerdings mit einem zahnlosen Gegenvorschlag. Gesundheitspolitisch wäre die Rede von einem Placebo. Mit diesem Scheinmedikament ist der betroffenen Bevölkerung kaum geholfen. Nun ist wieder der Nationalrat an der Reihe, der hoffentlich auf wirksameren Mitteln beharrt.

Die Sommersession dient jeweils auch dem geselligen Austausch. In dieser Woche stehen am Mittwochnachmittag

die Fraktionsausflüge auf dem Programm. Die SP-Fraktion zieht es in den Kanton Neuenburg, ins Val de Travers. Zur Auswahl stehen Besuche im Maison de l'Absinthe mit Führung und Degustation, die Asphaltminen von La Presta oder das Musée Jean-Jacques Rousseau. Eine Neuenburger Offensive fand bereits letzte Woche auf der Terrasse der Bundesgärtnerei statt, mit einer Einladung zum 175-Jahr-Jubiläum der Neuenburger Revolution von 1848. Nebst Wein und Bier gehörte zu den verschiedenen regionalen Produkten, die angeboten wurden, auch der Absinth. Nun, mir ist diese «Fée verte» zu hochprozentig. In der Politik würde es allerdings hin und wieder etwas volumenhaltiger und gehaltvollere Produkte vertragen, beispielsweise in der Umwelt- oder Sozialpolitik.

Mit diesen Worten schliesse ich meinen letzten «Brief aus dem Nationalrat». Ich danke dem «Willisauer Bote» für diese Plattform und den Leserinnen und Lesern für den Austausch. Nach 13 Jahren im Nationalrat sage ich im Herbst Adieu und jetzt zuerst auf Wiedersehen, beispielsweise an meiner «Berner Suppe» am 21. Juni, um 19.30 Uhr, in der Stadtmühle Willisau.